

Rede
der stellv. Fraktionsvorsitzenden und Fraktionssprecherin
für Wissenschaft, Kultur und Innovation

Dr. Silke Lesemann, MdL

zu TOP Nr. 10

Abschließende Beratung
Empfehlungen der Enquetekommission „Verrat an
der Freiheit - Machenschaften der Stasi in
Niedersachsen aufarbeiten“ umsetzen

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 18/354

Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs.
18/1687

während der Plenarsitzung vom 24.10.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren!

Mit der friedlichen Revolution begann vor ungefähr 30 Jahren die Geschichte der deutschen Wiedervereinigung.

Hinter dieser Geschichte stecken zwischen Ost- und Westdeutschland unzählige Einzelschicksale - sehr viele davon von Menschen, die unter dem Überwachungsstaat DDR und dessen Staatssicherheit Unterdrückung und tiefstes Leid erfahren haben. Die Sicherheitsorgane und ihre Mechanismen wirkten dabei grenzüberschreitend in Ost- wie in Westdeutschland, so auch hier in Niedersachsen.

Dies erfordert Aufklärung und Aufarbeitung. Das war Aufgabe der 2015 von diesem Landtag eingesetzten Enquetekommission. Sie war die erste ihrer Art in den westlichen Bundesländern und hat viel Aufmerksamkeit erfahren. Wir laden gern weitere Bundesländer zur Nachahmung ein; denn die Aufarbeitung von Stasi-Machenschaften sollte im Zuge des immer noch andauernden Einigungsprozesses endlich als eine gesamtdeutsche Aufgabe begriffen werden.

Meine Damen, meine Herren,

mit dem vorliegenden Entschließungsantrag setzen wir nun einen vorläufigen Schlusspunkt. Wir werden der Thematik aber gleichzeitig noch weitere Wege öffnen und das Thema auch künftig politisch begleiten.

Wir wollen, dass die Empfehlungen der Enquetekommission in Handlungen übersetzt werden. Dabei geht es auch um die Bedeutung der Vergangenheit für die Zukunft. Die weitere historische Aufarbeitung des SED-Regimes soll es insbesondere jüngeren Generationen ermöglichen, sich ein Bild der Vergangenheit zu machen und sich bewusst zu werden, was es bedeutet, nicht in einer Demokratie, sondern in einer Diktatur zu leben. Was bedeutet es, in Angst vor Bespitzelung zu leben, nicht frei reden zu können - weder in der Familie noch in der Schule -, sondern Angst vor Gesinnungsschnüffelei zu haben? Viele hier

können das nicht mehr nachvollziehen. Das zeigen Filme wie - ganz aktuell - „Ballon“ oder - uns allen wahrscheinlich bekannt - „Das Leben der Anderen“. Die Strukturen und Mechanismen einer Diktatur zu kennen und zu erkennen, ist unerlässlich, um sie von der Demokratie zu unterscheiden und ihr Entstehen schon im Aufkeimen zu verhindern sowie demokratische Werte zu schützen und zu verteidigen.

Die Entwicklungen in Ostdeutschland zeigen, dass die deutsche Einheit für viele Menschen neben Hoffnungen und Chancen auch Enttäuschungen und Schwierigkeiten mit sich brachte, denen wir auch heute noch mehr Beachtung schenken müssen, wenn wir verhindern wollen, dass sich Ost und West erneut voneinander entfernen. Dazu gehört auch die Aufarbeitung der Stasi-Geschichte, die als ein Teil deutscher Gesamtgeschichte begriffen werden muss und umfassend aufgearbeitet werden soll.

Projekte wie die Enquetekommission sind nicht zuletzt deshalb so bedeutsam, weil sie neben vielen anderen Aspekten die Auseinandersetzung, die Vernetzung und den Dialog zwischen Ost und West ermöglichen. Denn auch das zeigen die Entwicklungen seit der Wiedervereinigung: Die Vernetzung und Verständigung der Menschen in Ost und West ist auch fast 30 Jahre nach dem Mauerfall schwieriger, als wir das vielleicht alle zuerst angenommen und erhofft hatten. Das Regime der DDR hat tiefe Risse in den Biografien der Menschen hinterlassen und auch nachfolgende Generationen geprägt. Vorurteile und mangelnder Austausch führen auch heute noch zu Spannungen, die sich nur durch eine gemeinsame Aufarbeitung der Vergangenheit verringern lassen.

Erinnerungskultur ist die Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Verantwortung trägt aber auch jeder Einzelne. Politik kann hierzu Anstöße und Anreize bieten, Wege öffnen und Projekte begleiten.

Ich bin der Überzeugung, dass die Arbeit der Kommission einen Teil dazu beitragen konnte, dieses Thema auch in Niedersachsen wieder in den Mittelpunkt zu rücken und Anstöße für weitere Auseinandersetzungen zu liefern.

Meine Damen, meine Herren,

es gibt nicht nur die eine Geschichte der Wiedervereinigung. Sie erzählt ganz viele Geschichten. Auch das hat uns die Arbeit in dieser Kommission gezeigt. Das zeigen auch die Menschen, die heute hier zu Gast sind. Diese Geschichte gilt es zu hören, zu verstehen und in einen historischen wie politischen Kontext zu setzen.

Ebenso vielseitig und breit aufgestellt sollte dementsprechend auch die Erinnerungsarbeit sein. Sie sollte in verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen stattfinden, in Wissenschaft und Forschung - durch Zeitzeugen beispielsweise, durch politische Bildung, durch die Opferverbände, Gedenkstätten, Museen, Geschichtsvereine, Archive usw. -, und sie sollte fest verankert sein.

Die Arbeit der Enquetekommission hat gezeigt: Die Machenschaften der Stasi forderten viele Opfer. Ihnen müssen wir mit Respekt und Anteilnahme begegnen, egal wo in Deutschland sie Opfer der Stasi wurden.

Daher muss auch eine Bundesratsinitiative gestartet werden - das ist Gegenstand dieser EntschlieÙung -, die eine Verbesserung ihrer Situation herbeiführt, nämlich durch veränderte Kriterien bei der Opferrente zur Erweiterung des Bezieherkreises und durch die unbedingt notwendige Entfristung der Ende 2019 auslaufenden Möglichkeiten zur Rehabilitierung.

Zudem soll die Arbeit der Opferberatungsstelle für SED-Opfer im Innenministerium weiterhin gewährleistet bleiben.

Wir beschließen außerdem die Einsetzung eines wissenschaftlichen Verbundprojektes Stasi in Niedersachsen, welches sich weiter mit der Thematik in Niedersachsen befasst und auch mögliche Verbindungen von Abgeordneten und ihren Mitarbeitern zur Staatssicherheit untersuchen wird.

Schließen möchte ich mit den Worten unseres Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, die er beim Festakt zum 20-jährigen Bestehen der Bundesstiftung zur

Aufarbeitung der SED-Diktatur am 17. Oktober 2018 geäußert hat:

„Erinnerungsarbeit erfordert Offenheit, Sorgfalt, Aufrichtigkeit, Dialogbereitschaft – und nicht zuletzt mehr als nur ein bisschen Mut. Den Mut, in Abgründe zu blicken, den Willen, der Wahrheit näher zu kommen, auch wenn sie schmerzhaft ist.“

Ich bin zuversichtlich, dass wir hier in Niedersachsen auch weiterhin Mut zur Aufklärung und Aufarbeitung mitbringen werden. Denn das Erinnern und die Aufarbeitung der Vergangenheit sind überlebenswichtig - sowohl für die Opfer eines jeden Regimes als auch für die Zukunft unserer Demokratie.

Vielen Dank.